

Die Angleichung des industriellen Entwicklungsniveaus der nördlichen und der südlichen Regionen der DDR/Ostdeutschlands 1952 bis 1997 unter den Bedingungen der Teilung und der Vereinigung Deutschlands

Jörg Roesler^{*}

1. Einleitung

Die Anregung zu diesem Beitrag habe ich einem Artikel zu verdanken, den Vaclav Průcha vor einigen Jahren unter dem Titel „Ökonomische Aspekte der Teilung der Tschechoslowakei in den Jahren 1990 bis 1993“¹ veröffentlichte. Darin wird außerordentlich gründlich und umfassend die ökonomische, soziale und demographische Entwicklung der Jahre nach 1990 behandelt. In seiner Analyse berücksichtigt der Jubilar auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tschechiens in den Jahren 1948 bis 1989.

Für einen Ostdeutschen sind die Ausführungen, die generell internationale Aufmerksamkeit verdienen, aus zwei Gründen besonders interessant. Erstens gab es auch im mittleren Teil Deutschlands, der zur DDR wurde, wie in der Tschechoslowakei Disparitäten zwischen einer altindustrialisierten Großregion mit hohem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau – den Ländern Sachsen und Thüringen im Süden – und einer überwiegend landwirtschaftlich geprägten Region mit geringerer Leistungsfähigkeit, an der die Industrialisierung lange Zeit vorbeigegangen war – Mecklenburg-Vorpommern im Norden. Zweitens hatten die sozialistischen Regierungen in der DDR wie in der Tschechoslowakei den Abbau der ökonomischen sowie der sozialen, Lebensstandards- und kulturellen Disparitäten zwischen den Großregionen über viele Perspektivpläne hinweg zu einem vorrangigen gesellschaftspolitischen Ziel erklärt. Drittens wurden die jeweiligen Großregionen seit 1990 durch Transformation und Teilung (Tschechoslowakei) bzw. Transformation und Wiedervereinigung (Ostdeutschland) völlig veränderten Rahmenbedingungen ausgesetzt und die Angleichungstendenz dadurch in Frage gestellt.

Im Folgenden geht es um die Analyse der Entwicklung des Süd-Nordgefälles in der DDR bzw. Ostdeutschland, nicht um einen Vergleich dieser Entwicklung mit der in der Tschechoslowakei, auf die aber immer wieder anhand von Průchas Analysematerial zurückgegriffen wird.

^{*} Prof. Dr. Jörg Roesler – odborný pracovník; Leibniz-Sozietät e. V., Berlin (JoergRoesler@aol.com).

¹ Průcha, V. (2003): *Ekonomické aspekty dělení Československa v letech 1990-1993*, in Česko-slovenská historická ročenka 2003, S. 43–54.

2. Notwendige Bemerkungen zu Untersuchungsgegenstand und Untersuchungszeitraum

Erstens beschränkt sich – im Unterschied zum multilateralen Herangehen von Prücha beim Vergleich der Regionen bzw. Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei – mein bescheidener Ansatz auf die Kennziffern der industriellen Entwicklung. Sie werden stellvertretend für die Gesamtentwicklung untersucht. Das scheint mir durchaus gerechtfertigt. Denn es ist die Industrialisierung gewesen, die in Europa die Entwicklungsunterschiede zwischen Großregionen entscheidend geprägt hat.² Eine Angleichung im Entwicklungsniveau musste wiederum von der Industrie ausgehen. Zweitens war die Industrie in der DDR auch quantitativ der dominierende Wirtschaftszweig. Der Anteil der Industrie (einschließlich des produzierenden Handwerks) lag im Jahre 1952, dem Beginn des Untersuchungszeitraumes, bei 42,9 %. Er stieg bis zum Jahre 1989 fast kontinuierlich an und erreichte 1988 bzw. 1989 mit 64,8 % seinen höchsten Wert.³ Auch in den Jahren 1990 bis 1997, die durch Deindustrialisierung gekennzeichnet waren, „blieb das Gelingen des Aufbaus Ost ohne Frage an die Schaffung eines leistungsfähigen Industriepotentials gebunden“, schrieb der Doyen der ökonomischen Geographie der DDR, Gerhard Kehrer im Jahre 2000. Es war wiederum die Industrie, die in den Jahren nach 1990 „zum Schrittmacher im Aufholprozess“ avancierte.⁴

Zweitens bedarf der gewählte Untersuchungszeitraum einer näheren Erläuterung. Die Analyse mit dem Jahre 1952 zu beginnen – 7 Jahre nach Kriegsende und drei Jahre nach der Gründung der DDR – erscheint auf den ersten Blick recht spät. Prüchas Entwicklungsvergleich setzt z.B. bereits 1948 ein, als die Tschechoslowakei hinsichtlich ihrer ökonomischen Leistungskraft das Vorkriegsniveau wieder erlangt hatte. Jedoch ist im Falle Ostdeutschlands zu berücksichtigen, dass die DDR das Vorkriegsniveau (1936) der industriellen Produktion erst 1952/1953 erreichte.⁵ Das hatte seine Ursachen in Kriegszerstörungen, Demontagen und Besatzungskosten sowie Entnahmen aus der laufenden Produktion. Diese Kriegs- und Kriegsfolgekosten waren in Ostdeutschland besonders hoch. Sie beliefen sich in der DDR pro Kopf auf 2.784 RM (im Vergleich zu 1.6121 RM in der Bundesrepublik Deutschland).⁶ Die Belastungen durch „kontinuierliche Leistungen“, d. h. Besatzungskosten und Entnahmen aus der laufenden Produktion seitens der Sowjetunion beliefen sich 1946 auf 48,8 % des Bruttosozialproduktes der späteren DDR und lagen 1952 noch bei 14,6 %.⁷ Negativ hatte sich auch die Teilung Deutschlands ausgewirkt, die wirtschaftlich bereits 1948 vollzogen war. Als der kleinere Teil Deutschlands war die DDR mit Teilungskosten – verursacht durch Zerreißen der historisch gewachsenen innerdeutschen Arbeitsteilung – stärker belastet als die Bundesrepublik.⁸

2 Vg. Schulze, R. (Hrsg.) (1993): *Industrieregionen im Umbruch*, Essen 1993, S. 24–28.

3 Steiner, A. – Reichel, T. (2001): *Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band Ost, Bonn 2001, S. 47.

4 Kehrer, G. (2000): *Industriestandort Ostdeutschland. Eine raumstrukturelle Analyse der Industrie in der DDR und den neuen Bundesländern*, Berlin 2000, S. 206.

5 Im Jahre 1952 waren nach Stolper 1952 95 % und 1953 110 % der Industrieproduktion von 1936 erreicht, nach Sleifer 96 % bzw. 106 %. (Sleifer, J. (2006): *Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936–2002*, Berlin 2006, S. 163).

6 Ebenda, S. 73.

7 In der Bundesrepublik betrug die Belastung 1962 noch 6,0%. (Karlsch, R. (1993): *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR*, Berlin 1993, S. 234).

8 Sleifer, *Planning Ahead*, S. 88–89.

Auch das als Abschluss der Untersuchungsperiode gesetzte Jahr 1997 bedarf einer Erklärung. Es besteht in der wirtschaftshistorischen Forschung zur neuesten deutschen Geschichte weitgehend Übereinstimmung darüber, dass in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die unmittelbare Transformationsperiode für Ostdeutschland zu Ende ging. Sie war 1990–1991 durch einen Absturz des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und ein Emporschnellen der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet gewesen.⁹ Dank massiver Finanztransfers – etwa die Hälfte bis ein Drittel des im Osten erzeugten BIP betragend – kam es ab 1992/93 zu einem raschen Wiederanstieg der Produktion (bei gleichbleibend hoher Arbeitslosigkeit), die zu einer gewissen Annäherung an die wirtschaftliche Leistungskraft Westdeutschlands – 62,0 % gemessen in BIP/Einwohner – führte. Seit 1997 bewegen sich die Zuwachsraten des BIP aber nur noch um ein Prozent und der Abstand zu Westdeutschland ist seitdem wieder angestiegen.¹⁰ Mit anderen Worten: Es ist wieder Normalität in die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands eingezogen, wenn auch eine andere als 1990 bei der Vereinigung von westdeutscher Seite versprochen und von ostdeutscher Seite gewünscht worden war.¹¹

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes werden zwei Zäsuren gesehen: 1970 und 1989. Während letztere an dieser Stelle nicht näher begründet werden muss, spricht vor allem der Wechsel in der Wirtschaftspolitik vom vorwiegend extensiven zum überwiegend intensiven Wachstums, der zögernd und schrittweise zwischen 1966 und 1974 proklamiert und eingeleitet wurde, für eine Unterteilung des DDR-Zeitraumes in zwei Unterperioden.¹² Konsequenterweise musste der neue Ansatz, musste die Intensivierung der Produktion, beträchtliche Auswirkungen auf die regionale Strukturpolitik haben.

Drittens sind einige Ausführungen zur Geographie der im Beitrag gegenübergestellten Regionen notwendig. Während es sich bei der Trennlinie zwischen Tschechien und der Slowakei um eine historische gewachsene Grenze zwischen zwei politischen Einheiten handelt, haben die ökonomischen Geographen die Grenzen zwischen dem industriell wenig entwickelten und den industriell hoch entwickelten Gebieten nach ökonomischen Kriterien gezogen und haben sich dabei im Detail auf im Untersuchungszeitraum mehrmals wechselnde administrative Grenzziehungen gestützt. Bei der Einteilung Ostdeutschlands durch die ökonomischen Geographen in Großregionen existieren im Prinzip zwei Varianten: Erstens finden wir die Gegenüberstellung vom unterentwickelten Norden und dem entwickelten Süden.¹³ Zweitens wird eine Dreiteilung vorgenommen und zwischen dem gering industrialisiertem Norden, dem hochindustrialisierten Süden und einem zwischen beiden gelegenen, recht weit reichenden mittleren Gürtel, der sowohl Merkmale des Nordens als auch des Südens trägt, unterschieden.¹⁴

9 Vgl. Roesler, J. (1991): *Mass Unemployment in Eastern Germany*, in Journal of European Social Policy 1/1991, S. 129–136.

10 Im Jahre 2000 lag das BIP pro Einwohner im Osten bei 61,1 % des westdeutschen. (Vgl. Priewe, J. (2001): *Ostdeutschland 1990–2010 – Bilanz und Perspektive in Ostdeutschland, eine abgehängte Region? Perspektiven und Alternativen*, Dresden 2001, S.18–26, 30); Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Deutschland in Zahlen 2006, S. 129.

11 Maier, C. S. (1997): *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton 1997, S. 195–214.

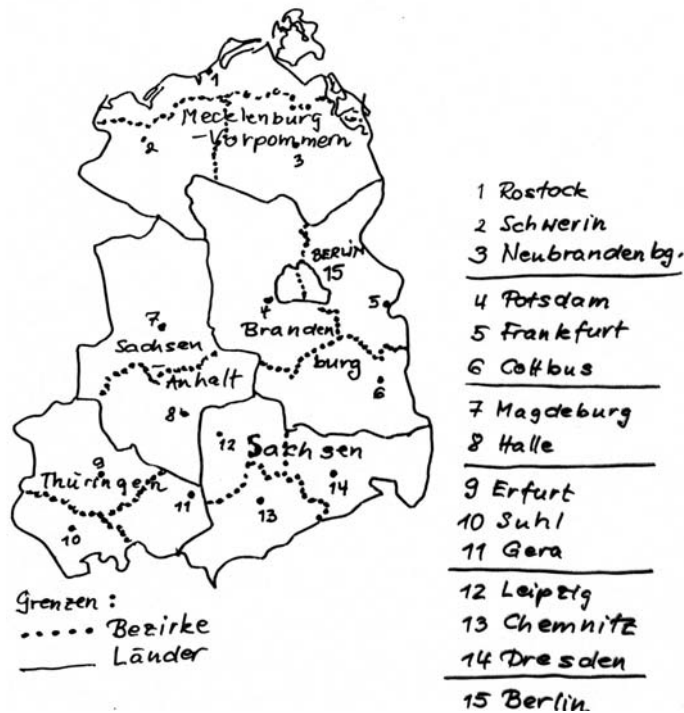
12 Vgl. Schulz, G. (1979): *Auf dem Weg zur Wirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, in Die Volkswirtschaft der DDR, Berlin 1979, S. 35–36.

13 Gornig, M. (2000): *Gesamtwirtschaftliche Leitsektoren und regionaler Strukturwandel*. Eine theoretische und empirische Analyse der sektoralen und regionalen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland 1895–1987, Berlin 2000, S. 54–58; Kehler, *Industriestandort*, S. 65.

14 Scherzinger, A. – Wilkens, H. (1979): *Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1979, S. 28–29; Lüdemann, H.: Standortverteilung der Produktivkräfte und territoriale Entwicklung, in Die Volkswirtschaft, S. 255–263.

In Folgenden wird von einer dreiteiligen räumlichen Gliederung Ostdeutschlands ausgegangen. Danach deckt sich der „Norden“ mit den Grenzen des Landes Mecklenburg bzw. Mecklenburg-Vorpommern, die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg einschließlich Berlin Ost bilden eine mittlere Region und die Länder Thüringen und Sachsen die Südregion. Von 1952 bis 1989 waren die Länder in jeweils zwei bis drei Bezirke aufgeteilt, wobei Bezirks- und Landesgrenzen nur annähernd übereinstimmten. (Vgl. Abbildung1)

Abb.1 : DDR bzw. Ostdeutschland



Bei der von mir gewählten Einteilung der DDR in drei Großregionen ist der Norden, von der Fläche her nur um ein Fünftel kleiner als der Süden, die Einwohnerzahl beträgt allerdings etwa nur ein Viertel der Sachsens und Thüringens zusammen genommen. Dementsprechend war die Bevölkerungsdichte im Süden fast drei Mal höher. 1990 wurden die Länder in annähernd dem Umfang, den sie in der Nachkriegszeit (1945–1952) hatten, wieder hergestellt, die Bezirke aufgelöst.¹⁵

Eine letzte Vorbemerkung noch zu den verwendeten Statistiken. Die Analyse beruht (für die Jahre 1952 bis 1989) ganz überwiegend auf Daten der Zentralverwaltung für Statistik der DDR. Da es nach 1990 in der deutschen Presse immer wieder Veröffentlichungen gab, in denen behauptet wurde, deren Zahlen seien gefälscht, sei an diese Stelle auf den Untersuchungsbericht des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden hingewiesen, dessen Ergebnisse sein Präsident folgendermaßen zusammenfasste: „Die DDR-Statistik hat die Wirklichkeit im wesentlichen widerspiegelt, war realistisch in der Nachzeichnung von Entwicklungen.“¹⁶

15 Vgl. Reuter, U. (1990): *Dokumentation zur Wiederherstellung der fünf Länder in der DDR*, Bonn 1990, S. 67–84.

16 Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Egon Hölder: *DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit*, Wiesbaden, 11. April 1991, S. 8.

3. Die Industrialisierung des Nordens – primäres Ziel der regionalen Entwicklungskonzeptionen der DDR bis Anfang der 70er Jahre

Während es in den ersten sieben Nachkriegsjahren in Ostdeutschland vor allem darum ging, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht zu befriedigen, wurde 1952 der „Aufbau des Sozialismus in einem halben Land“ zur Tatsache und zwang die herrschende SED zur Vertiefung ihrer auf die Zukunft gerichteten Konzeptionen. Zugleich erlaubte die Verringerung der Kriegsfolgelasten erstmals auch nennenswerte Investitionen. Hauptaufgabe war es, jene Zweige vorrangig zu entwickeln, deren Standorte sich vor allem im Westen Deutschlands befunden hatten und deren Erzeugnisse der DDR aufgrund der Teilung über den innerdeutschen Handel nur noch beschränkt zugänglich waren. Es fehlten vor allem Steinkohle, Eisen und Stahl aus dem Ruhrgebiet. Um den Mangel auszugleichen, konzentrierten sich die Investitionen auf Bergbau und Schwerindustrie. Mit dieser pragmatischen Politik passte sich die DDR, wie der erste Chef der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR betonte, ohne Schwierigkeiten Ziel in die sowjetische Industrialisierungskonzeption ein.¹⁷

Erst an zweiter Stelle konnten bei der Gestaltung der Wirtschaftskonzepte Überlegungen zur regionalen Entwicklung stehen. Auch in dieser Frage war von der gegebenen Situation auszugehen. Diese war durch große Ungleichmäßigkeit des Entwicklungsniveaus gekennzeichnet, wobei ein Süd-Nord-Gefälle ausgeprägt war. Die Ungleichmäßigkeiten waren bereits im Industrialisierungsprozess während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden.¹⁸ Am Ende des 19. Jahrhunderts lag von den elf Industriegebieten, die sich im Ergebnis der industriellen Revolution im ostdeutschen Raum herausgebildet hatten, keines in Mecklenburg, sieben dagegen befanden sich in Sachsen und Thüringen. Noch um 1929 konnten „diese mecklenburgischen Gebiete als beinahe industrielos bezeichnet werden“.¹⁹

Forderungen, diesem Missstand abzuhelpfen, wurden seitens der SED-Führung von Anfang an laut, noch bevor es eine DDR-Regierung gab bzw. Investitionsmittel für Neuinvestitionen überhaupt verfügbar waren. Ideologisch wurde mit Marx, Engels und Lenin²⁰ argumentiert, wonach die Arbeiterklasse als gesellschaftlich treibende Kraft sich in allen Landesteilen entwickeln sollte, was nicht möglich war ohne Ansiedlung von Industrieobjekten auf dem flachen Land. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land aufzuheben war Anfang der 50er Jahre eine der am häufigsten erhobenen soziale Forderung, die auch eine kulturelle Dimension aufwies. Die Ökonomen argumentierten mit dem „Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“, das verlangte, dass das Entwicklungsniveau der unterentwickelten Regionen auf die Höhe der am meisten entwickelten Gebiete gehoben werden sollte. Für viele Menschen ging es einfach darum, das als negativ angesehene „kapitalistische Erbe“, entstanden aufgrund des Wirkens der Profitgesetze, auf der Grundlage staatlichen Eigentums mit Hilfe der

17 Rau, H. (1952): *Die Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik*, Kleinmachnow 1952, S. 7.

18 Gornig, *Gesamtwirtschaftliche Leitfaktoren*, S. 101–105.

19 Ökonomische Geographie der Deutschen Demokratischen Republik. Bevölkerung, Siedlungen, Wirtschaftsbereiche, Gotha/Leipzig 1969, S. 35.

20 Marx, K. – Engels, F.: Werke, Berlin Bd. 4, S. 481, Lenin, W. I.: Werke, Berlin Bd. 21, S. 61.

sozialistischen Planwirtschaft durch eine „sozialistische Industrialisierung“ zu beseitigen.²¹

Schaut man sich die Angaben zur industriellen Entwicklung in den Planunterlagen zum ersten und zweiten Fünfjahrplan (1951–1955 und 1956–1960) an, so findet man dort viele Hinweise über vorrangig zu entwickelnde Zweige, Angaben zur sektoralen Planung also. Regionale Entwicklungsziele werden kaum benannt. Die Hinweise auf den Aufbau der neuen wirtschaftlichen „Schwerpunkte“, auf „neue Industriezweige“ bleiben im Vergleich zu den Angaben zur sektoralen Entwicklung ungenau.²² Erst der Siebenjahrplan 1959–1965 enthielt ein Kapitel „Entwicklung der Bezirke“, der gleichberechtigt neben den Abschnitten Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Transport- und Nachrichtenwesen und „Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung“ stand. Am Eingang dieses Kapitels wurde die Aufgabe gestellt, „die Steigerung der industriellen Produktion ... in allen Industriebezirken und durch die weitere Industrialisierung der nördlichen Bezirke zu erreichen“.²³

Die explizite Berücksichtigung regionalwirtschaftlicher Ziele im Siebenjahrplan war unmittelbar darauf zurückzuführen, dass sich innerhalb des zentralen Planungssystems Ende der 50er Jahre – mit einer Verspätung von fast 10 Jahren – nach der sektoralen Planung auch die Regionalplanung institutionalisiert hatte. Die „Zentrale Kommission für Standortfragen“, aus der später der Sektor „Territoriale Planung“ der SPK hervorging, leistete zwischen November 1958 und Juni 1961 eine enorme Arbeit: Für 20 wichtige Einzelvorhaben des Siebenjahresplanes führte die Kommission elf Beratungen zur Standortbestätigung durch.²⁴ Allerdings setzte sich die besondere Berücksichtigung, die die regionale Entwicklung im Siebenjahrplandokument gefunden hatte, nicht fort. Der folgende „Perspektivplan bis 1970“ verzichtete wiederum auf deren explizite Darstellung.

Welche Fortschritte wurden bei der „gleichmäßigeren Standortverteilung der Produktivkräfte“ erreicht? Zwischen 1952 und 1970 hatte sich der Anteil des Nordens der DDR um 2,5 Prozentpunkte erhöht, während der des Südens um 8,4 Prozentpunkte zurückgegangen war. Die Industrieproduktion im Süden war unterdurchschnittlich gewachsen, auf das 2,7 fache, im Norden dagegen überdurchschnittlich, auf das 4,8 fache. Als wichtigster Industrialisierungskern erwies sich der Ausbau der Schiffbauindustrie, auf die im Küstenbezirk Rostock (einschließlich der Zulieferbetriebe) 50 % der Industrieproduktion entfielen.²⁵ Die Entwicklung der Regionalstruktur der Industrie entsprach also dem erwünschten Trend. Allerdings reichte das Tempo der Umstrukturierung nicht aus. Der Anteil des Nordens an der industriellen Produktion der DDR, 1952 unter 5 %, blieb auch 1970 deutlich unter 10 %. Aus Tabelle 1 ist ablesbar, dass der Hauptnutznießer der Umstrukturierung die mittleren Bezirke waren, vor allem die Bezirke Brandenburgs.

Wie groß die Differenz war zwischen angestrebter und tatsächlich erreichter „Nordverschiebung“ der Industrie, lässt sich nicht exakt bestimmen, da die Pläne zwar die sektoralen Wachstumsziele quantitativ vorgaben, nicht aber die regionalen.²⁶ Das trifft

21 Vgl. Zimm, A. – Scherf, K. (1986): *Territorial Strategien im realen Sozialismus*, Berlin 1986, S. 15; Gayko, A. (2000): *Investitions- und Standortpolitik der DDR an der Ode-Neiße-Grenze 1950–1970*, Frankfurt/Main 2000, S. 25–26.

22 Gesetz über den Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik 1951–1955, Berlin 1951.

23 Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965, in Ulbricht, W. (1959): *Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes*, Berlin 1959, S. 268.

24 Bundesarchiv Berlin (BArchB), DE-1 (=Staatliche Plankommission) 687; DE-1 5450.

25 Die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik. Ökonomische Geographie, Leipzig 1974, S. 34.

26 Scherzinger – Wilkens, *Regionalplanung*, S. 7.

selbst für den Siebenjahrplan, dem Plandokument, dass der Entwicklung der Regionalstruktur noch am meisten Platz einräumte.

Tab. 1: Entwicklung der Industrieproduktion in der DDR nach Regionen (1952-1989)

Länder und Regionen	Produktion in Mill. Mark			Produktion Index 1970	Produktion Index 1989	Anteil in %		
	1952	1970	1989	1952 = 100	1970 = 100	1952	1970	1989
Bezirke Sachsens (S)	9 977.8	27 135.5	57 195.3	272	211	42.7	36.7	31.0
Bezirke Thüringens (S)	3 793.8	10 615.6	27 306.1	280	257	16.4	14.4	14.8
Bez. Sachsen-Anhalts (M)	4 511.0	15 849.6	41 328.1	351	261	19.5	21.5	22.4
Bezirke Brandenburgs (M)	2 313.2	10 984.2	34 317.0	475	312	10.0	14.8	18.6
Berlin-Ost (M)	1 549.9	3 980.8	10 147.5	257	255	6.7	5.4	5.5
Bez. Meckl.-Vorpomm.(N)	1 087.3	5 307.8	14 058.3	488	265	4.7	7.2	7.7
Süden	13 771.60	37 751.1	84 501.4	274	224	59.1	51.1	45.8
Norden	1 087.30	5 307.8	14 058.3	488	265	4.7	7.2	7.7
Mitte	8 374.10	30 814.5	85 792.6	368	278	36.2	41.7	46.5
Ostdeutschland insgesamt	23 133.0	73 873.4	184 352.3	319	250	100.0	99.9	100.0

Erläuterungen: S = Süden, M = Mitte, N = Norden (der DDR)
Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955; 1971; 1990; eigene Berechnungen.

Die Ursachen für das daher ausschließlich allgemein zu beschreibende Zurückbleiben bei der Industrialisierung des Nordens sind keineswegs nur, wie man aus dem bisherigen Darstellung vielleicht schließen könnte, in einer jahrlang nicht vorhandenen bzw. nicht ausreichenden institutionellen und personellen Ausstattung der für die „Territorialplanung“ zuständigen Arbeitsgruppen bei der Plankommission zu sehen. Auch noch im Jahre 1959, als die Tätigkeit der Standortkommission mit der „Verordnung über die Erteilung von Standortgenehmigungen“²⁷ bereits über eine gesetzliche Grundlage und eine ausreichende personelle Ausstattung verfügte, blieb die Realisierung der regionalen Zielstellung wirtschaftlicher Entwicklung sekundär. „Wir bemühen uns seit Wochen“, hieß es in der Beschwerde eines Kommissionsmitgliedes an die Leitung der SPK, „Vorschläge, für Investitionsvorhaben, die für eine Verlagerung in Frage kommen, von den Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission zu erhalten und (ich) habe selbst zahlreiche Vorschläge gemacht. Wir müssen aber feststellen, dass die Ergebnisse völlig unbefriedigend sind. An Stelle einer Überprüfung der Standortverteilung der Investitionen mit dem Ziel, die Industrialisierung der Nordbezirke zu fördern, zeigt sich bei den meisten Sektoren (der SPK – J. R.) ... eine entgegengesetzte Tendenz“.²⁸

Versucht man hinter dem in diesem Zitat zum Ausdruck kommenden Kompetenzgerangel die tieferen Gründe für die Geringschätzung der raumstrukturellen Bemühungen zu entdecken so stößt man in den Akten der SPK auf folgende Argumente: In den Nordbezirken waren erstens so gut wie keine Bodenschätze anzutreffen. Diese lagerte im Süden und im Falle des wichtigsten Bodenschatzes, des Energieträgers Braunkohle, in den mittleren Bezirken. Zweitens war das Verkehrsnetz im Norden weitmaschiger. Neue Industriewerke erforderten bei der Aufschließung des Standortes erheblich umfangreichere Verkehrsinvestitionen als im Süden. Drittens waren Kooperationspartner für die

27 Gesetzblatt der DDR, Teil I 1959, S. 795.

28 BArchB DE-I 14291.

Neuvorhaben nur in beträchtlicher räumlicher Distanz zu haben. Viertens blieb das Qualifikationsniveau der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte im noch stark agrarisch geprägten Norden geringer als im Süden. Ein fünftes Argument gegen die „Nordwanderung der Industrie“ war, dass der Erschließungsaufwand für das vorgesehene Industriegelände (Versorgungsanschlüsse) bei Gründungen „auf der grünen Wiese“ vergleichsweise hoch war.²⁹ Neben den „unmittelbaren Folgeinvestitionen“ fielen bei Werksgründungen im Norden noch die „standortbedingten mittelbaren Folgeinvestitionen“ ins Gewicht, worunter vor allem die Ausgaben für die Erweiterung des Wohnungsbestandes (einschließlich Schulen, Kindergärten usw.) zu verstehen waren.³⁰ Diese Kostenfaktoren hoben Nachteile der Investitionen innerhalb von Industrieagglomerationen wie Platzmangel am Standort bzw. geringe Ausbaumöglichkeiten bei späteren Werksweiterungen, Probleme der Versorgung und der Entsorgung (Verfügung von Brauchwasser, Beseitigung von Abwasser) offensichtlich auf.³¹

Alle Abteilungen der SPK – und letztlich auch die Abteilung Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED – standen bei der Ausarbeitung ihrer Pläne unter einem zweifachen Druck. Erstens hatten sie zu berücksichtigen, dass Investitionsmittel knapp waren. Wegen der bereits genannten spezifischen Nachkriegsbedingungen, aber auch um der Bevölkerung einen relativ hohen Konsumanteil zu sichern, waren die Bruttoinvestitionen in die Produktion in der DDR vergleichsweise gering. Sie beliefen sich (Angaben in Klammern: Bundesrepublik) 1950 auf 10 % (19 %), 1955 auf 14 % (24 %) 1960 auf 23 % (24 %) und im Jahre 1965 auf 24 % (26 %) des Nationaleinkommens.³²

Zweitens standen die Planer unter Zeitdruck, die Investitionen in verhältnismäßig kurzer Frist zu realisieren. Auf den ersten Blick wurde dieser Druck durch „überzogene“ Planvorgaben erzeugt. Objektiv stand hinter den kaum einhaltbaren Fristen aber das Bemühen, im wirtschaftlichen Wettlauf mit der BRD nicht zurückzubleiben bzw. – wie Ende der 50er und Ende der 60er Jahre – die Absicht, Westdeutschland „einzuholen und zu überholen“.³³ Bei den Entscheidungen für eine rasche Steigerung der Produktion erwiesen sich die Maßnahmen zur Existenzsicherung der Gesellschaftsordnung in der östlichen Hälfte Deutschlands oftmals wichtiger als die Realisierung der Angleichung von Stadt und Land, wie auch von Nord und Süd innerhalb der DDR.

4. Die Konzentration auf die industriellen Kerne als primäres Anliegen der räumlichen Entwicklungskonzeptionen für die Wirtschaft Anfang der 70er bis Ende der 80er Jahre

Mit dem Jahre 1971 trat Erich Honecker als der maßgebliche Mann an die Spitze der SED. Er verkündete eine neue Wirtschaftsstrategie, die als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bekannt wurde. Nunmehr sollte ein größerer Teil des Nationaleinkommens für den Konsum eingesetzt werden.³⁴ Die Mittel dafür wurde teilweise durch Investitionskürzungen bereitgestellt, teilweise wurden auch im westlichen Ausland

29 BArchB DE-1 14291, 14292, 5450.

30 BArchB DE-1 679, 680, 4643.

31 Vgl. Roesler, J. (1994): *Räumliche Auswirkungen der Wirtschaftspolitik im geteilten Deutschland: der ostdeutsche Raum*, in Wysocki, J. (Hrsg.), *Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1994, S. 133.

32 Sleifer, *Planning Ahead*, S. 57.

33 Vgl. Roesler, J.: *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990*, S. 92–93, 126–127.

34 Winkler, G. (Hrsg.) (1989): *Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985*, Berlin 1989, S. 153–155.

Kredite aufgenommen. Um die Rentabilität der eingesetzten Investitionsmittel zu erhöhen, wurde auf die Neugründung von Industriestandorten „auf der grünen Wiese“ so weit es ging, d. h. mit Ausnahme von Vorhaben der Rohstoff- und Energiewirtschaft, weitgehend verzichtet. In der Industrie sollten die in den 50er und 60er Jahren geschaffenen bzw. erheblich erweiterten Produktionskapazitäten an den gegebenen Standorten effizienter genutzt werden. Gleichzeitig wollte man so auch der relativen Verknappung der Arbeitskräfte entgegenwirken.³⁵

Die Strategie, das bisher vorwiegend extensive durch intensives Wirtschaftswachstum abzulösen, hatte bedeutende Folgen für die weitere Entwicklung der Regionalstruktur. Auf dem Weg der Intensivierung wurde die erreichte Standortverteilung der Industrie, deren Veränderung zugunsten des Nordens bisher ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel war, festgeschrieben. In den Papieren zur Vorbereitung des Perspektivplans 1976–1980, dem ersten, den die neue Parteiführung unter Honecker voll zu verantworten hatte, hieß es dementsprechend auch: „Die weitere territoriale Entwicklung der verarbeitenden Industrie vollzieht sich entsprechend den Erfordernissen der Intensivierung insbesondere an den traditionellen Industriestandorten.“³⁶ Damit war konzeptionell eine Kehrtwende vollzogen worden. In den Plandokumenten wurde diese Wende verbal nicht so krass nachvollzogen, d. h. der Verzicht auf den Regionalausgleich als ein wesentliches Ziel sozialistischer Wirtschaftsführung war nicht ohne weiteres erkennbar.

Die Raumplanung hatte sich von nun ab schwerpunktmäßig weniger mit der Erschließung günstiger Produktionsstandorte in industriell noch unzulänglich entwickelten Gebieten zu beschäftigen als mit der besseren Ausnutzung der vorhandenen Potentiale in bereits bestehenden Industrieagglomerationen. Zu einem ihrer wichtigsten Aufgabengebiete wurde die „territoriale Rationalisierung“. Sie richtete sich auf die Konsolidierung bestehender Standortvorteile durch Verbesserung der Kooperation der Betriebe untereinander und mit den Kommunen, z.B. durch die zwischenbetriebliche, gemeinsame Nutzung von Reparatur- und Baukapazitäten, eine abgestimmte Planung des Berufsverkehrs und der Öffnungszeiten von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen.³⁷

5. Die Konzentration auf die industriellen Kerne als Hauptweg der Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in den 70/80er Jahren

Gemessen an dem Zielwechsel in der Regionalplanung waren die sich in den letzten beiden Jahrzehnten der Existenz der DDR tatsächlich vollziehenden Veränderungen in der Territorialstruktur wenig spektakulär, wie ein Blick auf Tabelle 1 erkennen lässt.

Die Industrieproduktion im Süden wuchs nicht vorrangig. Das Industriewachstum in den Nordbezirken blieb keineswegs zurück, sondern war in etwa durchschnittlich. Überraschend war das Ergebnis des neuen Regionalkonzeptes bezüglich der mittleren Bezirke, die ihren Anteil an der Gesamtproduktion deutlich verbesserten. Das raschere Wachstum zeigte überraschender Weise nicht das stärker industrialisierte Sachsen-Anhalt, sondern das schwächer industrialisierte Brandenburg. Wenn man die *Entwicklung* der Regionalstruktur in der DDR in den Jahren vor mit denen nach 1970 vergleicht, dann ist die

³⁵ Kehr, *Industriestandort*, S. 64, 67.

³⁶ Zitiert in Ebenda, S. 64.

³⁷ Scherzinger – Wilkens, *Regionalplanung*, S. 15–18.

auffälligste Veränderung, dass sie gleichmäßiger geworden ist – auf Kosten der Angleichung des Entwicklungsniveaus der einzelnen Regionen.

Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass das Intensivierungsprogramm nicht wie beabsichtigt durchgeführt wurde. In jenem Falle hätten die Zuwachsraten im Süden deutlicher, die in den mittleren Bezirken geringer sein müssen, selbst wenn man berücksichtigt, dass die bereits vorhandenen bzw. neu geschaffenen Industriestandorte in der Mitte und im Norden auch als Objekte der „territorialen Rationalisierung“ gelten konnten. Tatsächlich tauchten in der zweiten Hälfte der 70er und vor allem in den 80er Jahren seitens der SED-Führung wiederholt neue industriepolitische „Programme“ auf, die nur bedingt mit dem Intensivierungskonzept in Einklang zu bringen waren und seinen raumpolitischen Zielsetzungen zuweilen direkt widersprachen.

Eines dieser Konzepte war das 1978 verabschiedete Mikroelektronikprogramm. Zwar gelang es noch im Rahmen der Intensivierungsstrategie die Mikroelektronik, mit einem Einsatz von mindestens 14 Mrd. DM die bedeutendste Zweiginvestition zur Modernisierung der DDR-Industrie in den letzten anderthalb Jahrzehnten der DDR hauptsächlich in Thüringen und Sachsen um alte Industriezentren herum (Erfurt, Dresden, Jena) anzusiedeln³⁸, doch favorisierte bereits die 1982 angeschobene „Energieträgerumstellung“, d.h. der Ersatz von Heizöl durch Braunkohle den Neubau von Kraftwerken „auf der grünen Wiese“ – im lignitreichen Bezirk Cottbus. Die 15 Mrd. Mark an Investitionen verschlingende „Energieträgerumstellung“ sollte Erdölprodukte frei machen für den Export in die Bundesrepublik und nach Westeuropa, um auf diese Weise Deviseneinnahmen zur Bezahlung der in den 70er Jahren entstandenen Schulden in harter Währung zu erhalten. Anfang der 80er Jahre war die DDR durch Schulden in Höhe von 26 Mrd. DM an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten.³⁹ Die DDR-Wirtschaft stand seitdem unter dem Diktat der Zahlungsbilanz; die Handelsbilanz, in den 1970er Jahren u. a. wegen Konsumgüterimporten passiv geworden, musste „umgedreht“ werden.

Der Export von Mineralölprodukten – der bis zu 30 % der Erlöse im Westhandel brachte – war die Hauptursache, warum es in den 80er Jahren eine Zeit lang – bis zum Absturz der Erdölpreise auf dem Weltmarkt Ende 1985 – gelang, die Schulden gegenüber westlichen Gläubigern auf 15,5 Mrd. DM zu reduzieren.⁴⁰ Zum größeren Teil (70 %) waren die zeitweiligen Erfolge in der Entschuldung auch das Ergebnis der zusätzlichen Exporte von Gütern anderer Industriezweige zurückzuführen. Vor allem handelte es sich um Erzeugnisse der Grundstoffchemie aus Werken in Sachsen-Anhalt.⁴¹

6. Exkurs: Der Einfluss der Rüstungsindustrie auf die Territorialstruktur der DDR

Die Rüstungsproduktion durfte vor 1989 in den Untersuchungen der Wirtschaftshistoriker zur Industriestruktur der DDR keine Rolle spielen und wurde folglich ausgespart.⁴² Die um diesen Bereich der Produktion geübte amtlich verbreitete Geheimniskrämerei hat zu übertriebenen Vorstellungen über die gesamtvolls-

38 Klenke, O. (2001): *Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert?* Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – Das Beispiel Mikroelektronik, Frankfurt/Main 2001, S. 93–96, 113.

39 Deutsche Bundesbank, *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975–1989*, Frankfurt/Main 1999, S. 60.

40 Ebenda.

41 Vgl. Statistisches Jahrbuch '90 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, S. 279.

42 Vgl. Roesler, J. – Siedt, V. – Elle, M. (1986): *Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970*, Berlin 1986.

wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie in der DDR geführt. Erst nach der Wende sind in Zusammenhang mit der Konversion Zahlen in die Öffentlichkeit gelangt. Dem Rüstungssektor gehörten demnach in der DDR 74 Betriebe, d. h. 2 % aller Industrieunternehmen an. Sie erzeugten mit rund 45.000 Beschäftigten (=1,4 % der Industriebeschäftigten) etwa 1 % der der industriellen Warenproduktion der DDR. Die Herstellung von Rüstungsgütern betraf neben der Anfertigung von Handfeuerwaffen vor allem den Schiffsbau und die Elektronik.⁴³

Die relativ geringe Rolle der Eigenproduktion – im Vergleich zur Sowjetunion, aber auch zur Tschechoslowakei – wurde mit der exponierten Lage der DDR zum NATO-Territorium begründet. Das Gebiet zwischen Elbe-Saale und Oder sei strategisch nicht geeignet für die Lokalisation umfangreicher Rüstungskapazitäten gewesen.

Ungeachtet dessen lag der Produktionsumfang der DDR-Rüstungsindustrie nur geringfügig unter dem Wert der industriellen Warenproduktion (IWP) des Werkzeugmaschinenbaus, mit dem die DDR noch Mitte der 70er Jahre im Weltaußenhandel an fünfter Stelle gestanden hatte. Rüstungsaufträge wurden über die Ingenieur-Technische Abteilung des Ministeriums für Nationale Verteidigung vergeben. Sie arbeitete eng mit der Abteilung Regierungsaufträge der Staatlichen Plankommission zusammen. Wichtige Teilbereiche der Rüstungsproduktion wurden durch spezielle Lieferverordnungen geregelt, die diesem Auftrag gegenüber zivilen in den Betrieben der Vorrang sicherten.⁴⁴ Über die Beschäftigtenzahl in der Rüstungsindustrie der DDR informiert Tabelle 2.

Tab. 2: Regionalstruktur der Rüstungsindustrie in der DDR 1989

Länder und Regionen	Beschäftigte Rüstung	Anteil Rüstungsb.	Beschäftigte Industrie	Anteil Beschäftigte	Anteil Rüstungsbesch.
	in 1000	an Indb.%	in 1000	regional in %	regional in %
Bezirke Sachsens (S)	12.0	1.1	1 142	35.1	26.8
Bezirke Thüringens (S)	7.4	1.3	563	17.3	16.6
Bez. Sachsen-Anhalts (M)	6.1	1.0	607	18.6	13.6
Bezirke Brandenburgs (M)	6.3	1.3	479	14.7	14.2
Berlin-Ost (M)	2.3	1.0	227	7.0	5.1
Bez. Meckl.-Vorpomm.(N)	10.6	4.5	237	7.3	23.7
Süden	19.4	1.1	1 705	52.4	43.4
Norden	11	4.5	237	7.3	23.7
Mitte	15	1.1	1 313	40.3	32.9
DDR insgesamt	45	1.4	3 255	100	100.0

Quelle: G. Henschel/A. Kadler, Regionale Probleme der Konversion, in: Die Wirtschaft 15/1992, Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. Eigene Berechnungen.

Die Regionalstruktur der Rüstungsindustrie wich – gemessen am durchschnittlichen Anteil der Beschäftigten – nur im Norden erheblich von der allgemeinen Industriestruktur ab. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern lag der Anteil der Arbeiter und Angestellten in der Rüstungsindustrie (Werften) nur bei knapp 5 % aller Beschäftigten. Ein spezifischer Beitrag der Rüstungsindustrie zur Industrialisierung des Nordens war so gegeben, jedoch nicht signifikant oder gar ausschlaggebend.

43 Henschel, G. – Kadler, A. (1992): *Regionale Probleme der Konversion*, in Die Wirtschaft 15/1992; Klenke, Ist die DDR..., S. 58–59.

44 Vgl. Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die Bewaffneten Organe (LVO), für die 80er Jahre in Gesetzblatt der DDR, Teil I 1981, S. 357 ff.

7. Die Entwicklung der Regionalstruktur der ostdeutschen Industrie im vereinigten Deutschland (1989–1997)

In den 90er Jahren, als nach Aufhebung der politischen Teilung Deutschlands das wirtschaftliche Zusammenwachsen beider Teile auf der Tagesordnung stand, gab es verschiedene Einschätzungen von Fachwissenschaftlern, die besagten, dass sich die in der DDR vollzogenen Wandlungen in der Standortverteilung der Industrie „unter den Bedingungen der deutschen Einheit ... als nicht persistent“ erweisen würden.⁴⁵ Die während der 50er bis 80er Jahre eingetretenen Veränderungen wurden gewissermaßen als künstlich – weil durch die Planwirtschaft induziert – betrachtet. Unter den „natürlichen“ marktwirtschaftlichen Bedingungen würde nach der Umgestaltung der Industriestruktur das naturwüchsige Süd-Nordgefälle wieder zum Vorschein kommen. Tab. 3 erlaubt eine Beurteilung dieser Auffassung.

Tab. 3: Entwicklung der ostdeutschen Industrieproduktion nach Regionen 1989 - 1997

Länder und Regionen	Produktion in Mrd. DM		Prod. Index	Anteil in %	
	1989	1997	1989=100	1989	1997
Sachsen (S)	95	45.2	47.6	32.8	31.9
Thüringen (S)	46	26.1	56.7	15.9	18.4
Sachsen-Anhalt (M)	65	27.8	42.8	22.4	19.6
Brandenburg (M)	48	25.9	54.0	16.6	18.3
Berlin-Ost (M)	16	5.0	31.2	5.5	3.5
Mecklenburg-Vorpommern (N)	20	11.9	59.5	6.9	8.4
Süden	141	71.3	50.6	48.6	50.2
Norden	20	11.9	59.5	6.9	8.4
Mitte	129	58.7	45.5	44.5	41.4
Ostdeutschland insgesamt	290	141.9	48.9	100.0	100.0

(1) = ca. Werte.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 1998;
Gerhard Kehrer, Industriestandort Ostdeutschland, Berlin 2000, S. 169; eigene Berechnungen.

Danach ist die vorausgesagte Entwicklung bestenfalls in der Tendenz zu erkennen – anteilige Zunahme des Südens, Rückgang des Anteils Mecklenburg-Vorpommerns. Dieses Ergebnis kann jedoch kaum als Ergebnis einer „marktwirtschaftlichen Auslese“ gelten – und das aus mehreren Gründen:

Erstens hatte man auch in Westdeutschland die Entwicklung der Regionalstruktur nicht allein den Marktkräften überlassen. Aus dem Verfassungsversprechen gleichwertiger und einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (in Artikel 72 und 106 des Grundgesetzes der BRD) ließ sich die Angleichung des Lebensniveaus und damit auch der Wirtschaftsleitung der Regionen als Aufgabe und Zielstellung ableiten. Zum Hauptinhalt des Bundesraumordnungsgesetzes wurde deshalb die „Verbesserung der Lebensqualität durch die Aufstellung einer langfristigen Strategie für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes“. Das Gesetz verlangte neben der Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltqualität vor allem auch die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Das Bundesgebiet wurde in 38 Gebietseinheiten unterteilt und jene mit „Strukturschwächen“, das

45 Vgl. Strubelt, W. (1997): *Über Disparitäten*, in Informationen zur Raumentwicklung 1–2/1997, S. 1.

waren vor allem die „Zonenrandgebiete“ an der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei, sollten zwecks Abbau ihres Entwicklungsrückstandes eine besondere Förderung erfahren.⁴⁶ Vergleicht man diese Zielstellung mit der raumpolitischen, die von der SED für die DDR entwickelt wurde, so ist deren Ähnlichkeit ungeachtet diametral entgegengesetzter Gesellschaftssysteme vielleicht erstaunlich, aber nicht zu leugnen. Gemäß den Bestimmungen des seit Oktober 1990 auch in der ehemaligen DDR geltenden Bundesraumordnungsprogramms war also mit dem Abbau des Süd-Nordgefälles in Ostdeutschland fortzufahren bzw. waren die diesbezüglichen Zielstellungen wieder aufzunehmen.

Unter dem Aspekt der Entwicklung der Raumstruktur betrachtet, ist die in Tab. 4 dargestellte industrielle Entwicklung zwischen 1989 und 1997 demzufolge als unbefriedigend einzuschätzen.

Tab. 4: Industriebeatz und Industriedichte der neuen Bundesländer im Vergleich (1989-1997)

Länder	Industriebe- satz (1)		Industrie dichte (2)	
	1989	1997	1989	1997
Sachsen (S)	230	44	61	11
Thüringen (S)	222	43	37	7
Sachsen-Anhalt (M)	203	39	30	5
Brandenburg (M)	166	36	15	3
Berlin-Ost (M)	137	15	437	52
Mecklenburg-Vorpommern (N)	117	24	10	2
neue Bundesländer (NBL)	181	38	31	6
Baden-Württemberg	150	117	40	34
Schleswig-Holstein	65	68	11	9
Hamburg	88	62	184	140
alte Bundesländer (ABL)	111	89	28	23
neue Bundesländer (ABL =1)	1.6	0.4	1.1	0.3

Erläuterungen: (1) Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner; (2) Industriebeschäftigte pro qkm
Quelle: Gerhard Kehr, Industriestandort Deutschland; eigene Berechnungen

Wenn diese unbefriedigende Entwicklung in den 90er Jahren kaum öffentlich diskutiert wurde, dann deshalb, weil eine anderes negatives Moment der Industrieentwicklung viel gravierender war und Millionen unmittelbarer berührte. Gemeint ist die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, die im Ergebnis der Einführung der Marktwirtschaft auf dem Wege der Schocktherapie einsetzte. Während der ersten vollen Jahres der Transformation, 1991, sank die Industrieproduktion verglichen mit 1989 auf 32 %, ging die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie auf 60 % zurück.⁴⁷ Zwar wurde der Schock überwunden, – die Industrieproduktion stieg ab 1992 wieder an, die Beschäftigungszahlen wiesen ab 1994 wieder aufwärts.⁴⁸ Jedoch lagen bei Vollendung der „U-Kurve“ Industriebeatz und Industriedichte 1997 signifikant unter dem aus DDR-Zeiten. War der Industrialisierungsgrad 1989 in der DDR etwas stärker ausgeprägt gewesen als in der Bundesrepublik, so blieb er 1997 deutlich unter dem Niveau

46 Tietze, W. – Boesler, K.-A – Klink, H.-J. . Voppel, G. (1990): *Geographie Deutschlands*. Bundesrepublik Deutschland. Staat- Natur-Wirtschaft, Berlin 1990, S. 76–77, 79.

47 Berechnet nach: Sleifer, *Planning Ahead*, S. 168, 197.

48 Priewe, *Ostdeutschland*, S. 30; Deutschland in Zahlen 2006, S. 129.

vergleichbarer westdeutscher Länder, wie z. B. aus Tabelle 4 ersichtlich ist. Die in Zusammenhang mit diesen Zahlen opportunistisch geäußerte Auffassung, die Ex-DDR habe die Bundesrepublik in Richtung Serviceökonomie überholt, ohne sie vorher einzuholen bezeichnen die Fachleute „als Irrglaube“.⁴⁹

Da für die Ex-DDR ab 3. 10. 1990 auch das Grundgesetz der Bundesrepublik galt, war waren die bis 1997 erzielten Ergebnisse nicht nur hinsichtlich der erzielten Wachstumsraten, sondern auch bezüglich der raumstrukturellen Veränderungen unbefriedigend. Da die alten Länderstrukturen in Ostdeutschland bereits im Herbst 1990 wieder hergestellt wurden⁵⁰ und entsprechend geschultes Personal aus den alten Bundesländern in die nach bundesdeutschen Muster gebildeten Verwaltungen der neuen Bundesländern rasch einrückte, können die Ursachen für den ausbleibenden Trend zur weiteren Angleichung des Nordens an den Süden nicht so sehr im Bereich institutioneller oder personeller Gründe gesucht werden. Die Ursache ist vielmehr im System, der Funktionsweise und der Wirksamkeit der bundesdeutschen Raumordnung und Landesplanung selbst zu suchen. Beide waren gerade in den letzten Jahren vor der Wiedervereinigung von westdeutschen Fachwissenschaftlern kritisch gesehen worden. Die Kritik konzentrierte sich vor allem auf folgende vier Punkte: Es gäbe erstens häufig Veränderungen in den konkreten Zielvorgaben. Zweitens fehle dem Politikbereich Raumordnung weitgehend die Unterstützung durch andere Ressortpolitiken. Drittens bestehe für die meisten Pläne und Programme der Landesplanungen seit langem ein Vollzugsdefizit. Viertens verfügten Raumordnung und Landesplanung nicht über ein spezifisches Eingriffsinstrumentarium und Sanktionspotential zur Durchsetzung ihrer Ziele sowohl innerhalb des privaten als auch des öffentlichen Sektors. Zusammenfassend gesagt: „Das Bundesraumordnungsprogramm hat sich als weitgehend wirkungslos erwiesen“.⁵¹

Da im Zuge der „asymmetrischen Vereinigung“ – auch als Anschluss der DDR an die Bundesrepublik beschrieben⁵² – in den neuen Bundesländern alle Strukturen der alten Bundesrepublik ohne Prüfung ihrer Validität übernommen wurden, war die neuinstallierte Raumordnung im Osten Deutschlands von vornherein auch mit allen bekannten Defiziten belastet und damit so gut wie unwirksam.

Anders als im Westen Deutschland existierte im Osten jedoch zumindest bis Mitte der 1990er Jahre eine weitere Möglichkeit, die Raumstruktur zu gestalten. Diese war durch das Wirken der Treuhandanstalt (THA) gegeben. Der im Juni 1990 in eine Privatisierungsbehörde umgewandelten Institution war zunächst faktisch die gesamte – bisher volkseigene – Industrie der DDR unterstellt.⁵³ Durch eine zielgerichtete Sanierungs- bzw. Verkaufspolitik, die z.B. die Betriebe im Norden gegenüber den zu privatisierenden Unternehmen im Süden bevorzugt hätte, wäre es der THA möglich gewesen, auf die Gestaltung der Regionalstruktur der ostdeutschen Industrie aktiv Einfluss zu nehmen. Im Interesse „schneller Privatisierungserfolge“ wurde der THA jedoch jahrelang jegliche „Industriepolitik“ verboten. Auch wurde sie trotz aller Bemühungen des Bonner Wirtschaftsministeriums nicht diesem, sondern dem Finanzministerium unterstellt, das die Verkaufserfolge der THA rein fiskalischen Gesichtspunkten beurteilte. Gleichzeitig wurden die Forderungen der ostdeutschen Länder, über ihre Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzminister Einfluss auf die Privatisierungspolitik der Treuhand zu gewinnen,

49 Wirtschaftswoche 36/1998, S. 34.

50 Reuter, Dokumentation, S. 67–68.

51 Tietze u.a., *Geographie Deutschlands*, S. 78–79.

52 Vgl. Roesler, J. (1999): *Der Anschluss in der modernen Geschichte*, Frankfurt/Main 1999, S. 17–23, 90–102.

53 Vgl. Klopfer, M. – von Unger, J.-F. (1993): *Öffentlich-rechtliche Vorgaben für die Treuhandanstalt*, in Fischer, W. – Hax, H. – Schneider, H. K. (1993): *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen*, Berlin 1993, S. 41–78.

abgeschmettert.⁵⁴ Damit war eine große Chance der Rekonstruktion entwicklungsfähigen Industriepotentials in den neuen Bundesländern unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertan.⁵⁵ Die weitere Entwicklung der Regionalstruktur in Ostdeutschland blieb so angesichts des für die Treuhandanstalt primären Ziels der raschen Privatisierung bzw. notfalls der Stilllegung der ehemals volkseigenen Unternehmen dem Zufall überlassen.

Eine zweite, in der Öffentlichkeit nicht angesprochene Aufgabe der THA hatte ebenfalls Einfluss auf die Entscheidung, welche Industriestandorte ganz verschwinden oder an seriöse Firmen aus dem Westen privatisiert und damit modernisiert und erhalten werden sollten. „Anschwellendes politisches Krisenpotential (zu) neutralisieren“ beschreibt der Verwaltungswissenschaftler und Treuhandspezialist Wolfgang Seibel als zweite Aufgabe der Treuhandanstalt.⁵⁶ Gemäß dieser Zielsetzung konnte die THA das Optik- und High-Tech-Kombinat Carl Zeiss Jena mit 10.000 Beschäftigten nicht einfach „sterben lassen“, als sich dafür zunächst kein westdeutscher Käufer fand, da eine ganze Großstadt – Jena – von der Weiterexistenz dieses Unternehmens abhing. Der Erhalt von Carl Zeiss Jena wurde umso dringlicher, als Belegschaftsangehörige und Bürger der Stadt mit machtvollen Protestdemonstrationen eine durch die City von Jena führende wichtige Fernverkehrsstraße blockierten. Die THA ließ sich die Rekonstruktion von Carl Zeiss Jena, dessen Optikbranche für 1 DM an den westdeutschen Zeiss-Konzern verkauft wurde und dessen High-Tech-Bestandteile als Firma Jenoptik weiter funktionierten, drei Milliarden an Subventionen kosten.⁵⁷ Von ähnlicher Bedeutung wie Zeiss für den Raum Jena waren die Kombinate der Grundstoffchemie in Buna, Leuna und Bitterfeld (Sachsen-Anhalt). Kanzler Kohl hatte sich bei einem Besuch der Betriebe im Jahre 1991 zum Versprechen, das „Chemiedreieck“ zu erhalten hinreißen lassen und fürchtete die politischen Folgen des Zusammenbruchs der Industrie in dieser Region.⁵⁸ Zu einem Politikum ersten Ranges wurde auch die Privatisierung des Stambetriebes des Bandstahlkombinats im brandenburgischen Eisenhüttenstadt. Die Mahnwache, die nach einer Großdemonstration zwischen März und Mai täglich vor dem Werk aufzog und auch vom brandenburgischen Ministerpräsidenten besucht wurde, hatte schließlich Erfolg. Trotz Stahlkrise in der Bundesrepublik blieb das Unternehmen als Teil eines westeuropäischen Stahlkonzerns bestehen, nachdem die THA die Schulden des EKO in Höhe von 1 Mrd. DM übernommen hatte.⁵⁹ Das EKO war wie Zeiss ein Unternehmen, dessen Erhalt allein einen Zusammenbruch der regionalen Beschäftigung verhindern konnte. In noch viel stärkerem Maße galt diese Konstellation für die Werftindustrie an der mecklenburgischen Ostseeküste. Der Erhalt der Werften in Wismar, Rostock, Stralsund und Wolgast war ausschlaggebend für die Sicherung eines minimalen industriellen Grundgefüges im Norden. Nach intensiven Bemühungen der Treuhand-Manager um potente Käufer in Westdeutschland wie in Skandinavien wurde erreicht, dass keine der Werften geschlossen werden musste und etwa 22 % der Industriearbeitsplätze des Landes Mecklenburg in den mit beträchtlichem Aufwand modernisierten Schiffbauunternehmen (und ihren Zulieferbetrieben) erhalten werden konnten.⁶⁰ Der Erhalt einer begrenzten Zahl von Großunternehmen von beträchtlicher ökonomischer, vor allem aber sozialer und damit politischer Bedeutung wurde von der THA

54 Roesler, J. (1993): *Die Treuhandanstalt: Wirtschaftsimperium oder Politikinstrument?* in Lietke, R. (Hrsg.), *Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen*, München 1993, S. 26, 47–49.

55 Kehr, *Industriestandort*, S. 204–206.

56 Seibel, W. (2005): *Verwaltete Illusionen, Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt/New York 2005, S. 13–14.

57 Schreiner, K. – Gattnar, K.-D. – Skoludek, H. (2006): *Carl Zeiss. Ost und West*, Bucha 2006, S. 180–186, 268–275.

58 Vgl. Karlsch, R. – Stokes, R. (2000): *Die Chemie muss stimmen. 1990–2000. Bilanz des Wandels*, Leipzig 2000, S. 84–85; Seidel, *Verwaltete Illusionen*, S. 309.

59 Nicolaus, H. – Schmidt, L. (2000): *Einblicke. 50 Jahre EKO Stahl*, Eisenhüttenstadt 2000, S. 255–258; Seidel, *Verwaltete Illusionen*, S. 270.

60 Kehr, *Industriestandort*, S. 171.

mit der „Rettung der industriellen Kerne“ begründet.⁶¹ Mit dem Wirken der Marktkräfte hatten diese Politik nichts zu tun. Da es in Sachsen generell ruhiger blieb, u. a. weil dort wegen der hohen Industriedichte keine Stadt so unmittelbar von einem Großbetrieb abhängig war, wie in den geschilderten Fällen, wurden die an und für sich eher für die Teilnahme am internationalen Wettbewerb geeigneten Stammbetriebe der Werkzeug-, Druck- und Textilmaschinenbaukombinate kaum subventioniert und als Objekte einer rein fiskalisch orientierten Privatisierung in ihrem Bestand auf ein Minimum reduziert.⁶² Das gleiche trifft auf die Ost-Berliner Elektroindustrie zu.⁶³ Wenn die Industrieproduktion zwischen 1989 und 1997 in Berlin-Ost besonders stark sank und der Abfall der Erzeugung im Mecklenburg-Vorpommern weitaus geringer ausfiel, als in anderen neuen Bundesländern, dann hat das viel mehr mit Politik als mit Ökonomie, eher mit dem örtlichen Unruhepotential als mit der Modernität oder Zurückgebliebenheit der technischen Ausstattung der Betriebe am Ende der DDR-Zeit zu tun.

Auf das Wirken von Marktpreisen für bestimmte Erzeugnisse, die das Ergebnis von Angebot und Nachfrage waren, lassen sich möglicher Weise die wenigsten Standortentwicklungen der 90er Jahre zurückführen. Die Braunkohlekraftwerke der Lausitz fanden fast als erste samt den dazu gehörenden Tagebauen ihre privaten westdeutschen Käufer. Das geschah aber nicht, weil Strom aus Braunkohle im Wettbewerb der Energieträger an sich so kostengünstig war, sondern weil bis 1998 in der Bundesrepublik und damit ab 1990 auch in den neuen Bundesländern die Energiekonzerne über Regionalmonopole bei der Energiepreisgestaltung verfügten und sich auf dieser Basis selbst mit den veralteten ostdeutschen Kraftwerken Milliarden Gewinne erzielen ließen.⁶⁴

Nicht mit einem Regionalmonopol, wohl aber mit dem Abbau regional gebundener staatlicher Förderung in den alten Bundesländern hatte die vergleichsweise günstige Situation einiger Randgebiete Ostdeutschlands entlang der ehemaligen Grenze zur Bundesrepublik zu tun. Nachdem der Abbau der „Zonenrandförderung“ nach 1990 bei den Betrieben des ehemaligen Zonenrands im Westen zur Gewinnminderung geführt hatte, bemühten sich vor allem mittelständische Unternehmen durch die teilweise bzw. vollständige Verlagerung ihrer Produktion in das angrenzende Billiglohngebiet Ostdeutschland auszuweichen. Vor allem die grenznahen Gebiete Thüringens und Sachsen-Anhalts profitierten davon.⁶⁵

8. Schluss

Versucht man die Änderungen der Regionalstruktur im Osten Deutschland in den langfristigen Entwicklungstrend einzuordnen, dann stellen die 50er Jahre einen Bruch des mit der industriellen Revolution eingeleiteten, fast ein Jahrhundert andauernden Trends der Differenzierung der Wirtschaftsleistung zwischen dem Norden und dem Süden des Gebiets zwischen Ostsee und Erzgebirge dar. Ein Prozess der Angleichung vollzog sich während

61 Breuel, B. (1993): *Industrielle Kerne – was wir damit meinen*, in Treuhand intern, Frankfurt/Berlin 1993, S. 397; Roesler, J. (1994): *Privatisation in Eastern Germany. Experience with Treuhand*, in Europa-Asia Studies 33/1994, S. 513; Seibel, *Verwaltete Illusionen*, S. 269.

62 Kehler, *Industriestandort*, S. 172.

63 Vgl. Krakat, K. (2004): *Die Entwicklung der Industrie in Berlin seit der Wiedervereinigung*, in Eckart, K. – Scherf, K. (Hrsg.), *Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit*, Berlin 2004, S. 77–91.

64 Vgl. Roesler, J. – Semmelmann, D. (2005): *Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft. Ostdeutsche Energiewirtschaft im Umbruch in den 1980er und 1990er Jahren*, Bonn 2005, S. 176–195, 205–214.

65 Roesler, J. (2003): *Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970–2000*, Bonn 2003, S. 101; Kehler, *Industriestandort*, S. 196–197.

der gesamten zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unabhängig davon, ob die Erhöhung des Industrieanteils des Nordens explizit Bestandteil extensiver Wachstumsstrategien war wie in den 50er und 60er Jahren, ob die „Nordwanderung der Industrie“ als sekundär angesehen wurde wie während der Intensivierungsbemühungen der 70er und 80er Jahre oder ob sie das mehr oder minder zufällige Ergebnis einander überkreuzender regionalwirtschaftlich orientierter oder betriebswirtschaftlich motivierter, sozialer oder politischer Strategien bzw. Maßnahmen war wie in den 90er Jahren.

Vergleicht man Tempo und Ergebnisse des Annäherungsprozesses der Regionen in der DDR und Tschechoslowakei, (wobei ich mich auf die Kennziffer Industrieproduktion beschränke), dann lässt sich feststellen, dass das Angleichungstempo – gemessen am Anteilszuwachs der schwächer entwickelten Region – in der Tschechoslowakei deutlich höher war als in der DDR (2,2 : 1,6). Wenn man dagegen einwenden möchte, dass die DDR die Angleichung des Nordens nur etwa die Hälfte der Zeit ihrer Existenz, d. h. bis etwa 1970, verfolgte, während für die Nachkriegs-Tschechoslowakei die Angleichung des slowakischen an das tschechische Industrialisierungsniveau die wichtigste raumstrukturelle Zielstellung blieb, dann lässt sich dieser Einwand durch den Vergleich des Zeitraumes bis 1970 entkräften. Auch in jenen Jahren, als die Industrialisierung des Nordens eines der primären Ziele der DDR-Wirtschaftsplanung war, lag das Annäherungstempo in der Tschechoslowakei höher als in der DDR (1,8 : 1,5).⁶⁶ Der Einwand, dass es sich beim zweiten Vergleich um unterschiedliche Zeiträume – einem um vier Jahre längeren für die Tschechoslowakei – handele, lässt sich dahingehend entkräften, dass aus den bereits weiter oben ausgeführten Gründen (Demontagen, Reparationen usw.) in Ostdeutschland bis Anfang der 50er Jahre keine andere Politik als die der Beibehaltung des überkommenen Standortgefüges möglich war.⁶⁷ Auf welche Gründe das schnellere Angleichungstempo in der Tschechoslowakei auch immer zurückzuführen sein mag – ein stärkerer politischer Druck auf Investitionsentscheidungen wäre z. B. denkbar – es bleibt ein Verdienst der tschechoslowakischen Planwirtschaft, die Angleichung der Lebensverhältnisse durch besondere Förderung der Industrie in der Slowakei mit größerem Nachdruck betrieben zu haben.

Bei einem Vergleich der Industrieentwicklung zwischen Ostdeutschland, Tschechien und der Slowakei während der 90er Jahre fällt auf, dass ungeachtet offensiv proklamiertem (CR) oder verzögertem Übergang zur freien Marktwirtschaft (SR) beiden Teilen der ehemaligen Tschechoslowakei die verheerenden Folgen einer Schocktherapie zu Beginn der Transformationsperiode erspart blieben. Im Vergleichsjahr 1997 wurden in Tschechien 78,4 % und in der Slowakei 75,3 % des Umfangs der Industrieproduktion von 1989 erreicht, in der Ex-DDR lediglich 48,9 %.⁶⁸ In den ehemaligen DDR wie in der ehemaligen Tschechoslowakei haben sich in den ersten 7 Jahren der Transformation – selbstverständlich aus sehr verschiedenen Gründen – keine grundlegenden Verschiebungen im Anteil der Industrieproduktion vollzogen,⁶⁹ so dass der langfristige Trend der raumstrukturellen Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhalten blieb.

66 Der Anteil Mecklenburgs an der gesamten Industrieproduktion der DDR erhöhte sich zwischen 1952 und 1989 von 4,7 % auf 7,2 % bzw. 7,7 %. Der Anteil der Industrieproduktion der Slowakei an der der Tschechoslowakei stieg von 13,5 auf 24,2 bzw. 30,0 %. (Vgl. Tab. 1 und Průcha, *Ekonomické aspekty*, S. 44).

67 Kehr, *Industriestandort*, S. 56–57.

68 Vgl. Průcha, *Ekonomické aspekty*, S. 47; Tab. 4.

69 Ebenda, S. 44, 47; Tab. 2, 4.

The Adaptation of the Industrialization Level of the Northern Regions of GDR/East Germany to that of the Southern Regions under the Conditions of the Division and the Reunification of Germany (1952–1997)

Jörg Roesler

Abstract

The territory which had been the German Democratic Republic between 1949 and 1989 since the industrial revolution in the 19th century was characterized by an industrialized high developed South (Saxony and Thuringia), a rural North (Mecklenburg) and a mixed developed region in between. The GDR governments proclaimed the industrialization of the North to level out the economic and social differences inside East Germany, seen as “capitalist heritage” which should be overcome. The article analyzes how the spatial tasks were integrated into the dominant branch orientated perspective plans which were aimed at creating a national GDR economy after the division of Germany. It also refers to the institutions which were developed for spatial planning since the end of the 1950s. Beginning with the 1970s the goal of industrializing the North became secondary compared with rationalisation investments in traditionally industrialized regions of the South. Nevertheless there had been reached a relative success in the adaptation of the North to the industrial level of the South during the 40 years of separate development of East Germany. But this development remained significantly behind the results of the comparable process between the Czech and Slovak provinces. After the reunification of Germany there existed neither an industrial policy nor effective instruments to influence the East Germany economy spatially. When the North did not fall much behind the South during the 1990s – as originally expected – this was due to unintended consequences of isolated political decisions during the privatisation process undertaken as an answer to local resistance against dismissals and threatening factory closures.

Key words: arms industry; factory closures; industrialization; reunification of Germany; spatial development.

Vyrovnnání úrovně průmyslového rozvoje v severních a jižních regionech NDR /východního Německa v letech 1952–1997 vzhledem k rozdělení a sjednocení Německa

Abstrakt

Území, na němž existovala v letech 1949–1989 Německá demokratická republika, se od průmyslové revoluce v 19. století vyznačovalo průmyslově vyspělým jihem (Sasko a Durynsko), venkovským severem (Meklenbursko) a smíšeným regionem uprostřed. Vláda NDR hodlala vyrovnat ekonomické a sociální rozdíly ve východním Německu, proto označila industrializaci severu za „pozůstatek kapitalismu“, který bylo nutno překonat. Článek analyzuje způsob, jak byly regionální úkoly začleněny do nadřazených oborových plánů, které měly za cíl vytvořit národní ekonomiku NDR po rozdělení Německa. Dále se

zabývá institucemi, které byly vytvořeny pro územní plánování od konce 50. let 20. století. Od 70. let se cíl industrializace severu dostával do pozadí vzhledem k racionalizaci investic v tradičně industrializovaných jižních regionech. Nicméně za 40 let samostatného vývoje východního Německa se dosáhlo jen relativního úspěchu v adaptaci severu na průmyslovou úroveň jihu. Ale tento vývoj zůstával výrazně za výsledky srovnatelného procesu mezi českým a slovenským venkovem. Po znovusjednocení Německa neexistovala průmyslová politika, ani efektivní nástroje ovlivňování východoněmecké ekonomiky z regionálního hlediska. Jestliže sever nezaostal tolik za jihem během 90. let 20. století, jak se původně očekávalo, bylo to díky nezáměrným dopadům izolovaných politických rozhodnutí během privatizačního procesu, který proběhl jako odpověď na místní odpor proti propouštění a hrozbě zavírání továren.

Klíčová slova: zbrojní průmysl; uzavírání továren; industrializace; znovusjednocení Německa; regionální rozvoj.